

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Erich G. Fritz, Dagmar Wöhrl, Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 15/1567 –**

**Doha-Verhandlungen nach dem Scheitern von Cancun konstruktiv und zügig voranbringen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Markus Löning, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 15/1931 –**

**Doha-Runde bis 2005 zum Erfolg führen – Mehr Entwicklung, Armutsbekämpfung und Wohlstand durch Freihandel**

#### **A. Problem**

- a) Zu dem Antrag auf Drucksache 15/1567

Wiederaufnahme der im November 2001 in Doha eingeleiteten WTO-Verhandlungen (WTO: Welthandelsorganisation) mit dem Ziel, Handelsbarrieren, Zölle und nichttarifäre Hindernisse abzubauen, die Agrarmärkte zu öffnen, den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und den Zollabbau bei Industriegütern zu erleichtern, Verhinderung der Schwächung des multilateralen Handelssystems.

- b) Zu dem Antrag auf Drucksache 15/1931

Erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde, Verbesserung des grenzübergreifenden Handels und der Investitionsmöglichkeiten durch transparente Regeln für Investitionen, verbunden mit Investorenschutz, Wettbewerb, geregelter öffentlichem Auftragswesen und weniger Bürokratie in Zollverfahren, Beendigung von Exportsubventionen, Abbau von Zöllen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1567 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1931 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten der öffentlichen Haushalte**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag – Drucksache 15/1567 – abzulehnen,
- b) den Antrag – Drucksache 15/1931 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Mai 2004

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**

**Dr. Rainer Wend**  
Vorsitzender

**Erich G. Fritz**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

### I. Überweisungen und Voten der mitberatenden Ausschüsse

#### 1. Überweisungen

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1567 wurde in der 70. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Oktober 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1931 wurde in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. November 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

#### 2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

##### a) Antrag auf Drucksache 15/1567

Der **Auswärtige Ausschuss** (40. Sitzung am 26. Mai 2004), der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** (24. Sitzung am 12. November 2003), der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (25. Sitzung am 12. November 2003), der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** (27. Sitzung am 12. November 2003), der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (22. Sitzung am 12. November 2003), der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (40. Sitzung am 26. Mai 2004), der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (38. Sitzung am 14. Januar 2004) und der **Ausschuss für Kultur und Medien** (25. Sitzung am 10. Dezember 2003) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für **Gesundheit und Soziale Sicherung** hat auf die Abgabe eines Votums verzichtet.

##### b) Antrag auf Drucksache 15/1931

Der **Auswärtige Ausschuss** (40. Sitzung am 26. Mai 2004) und der **Rechtsausschuss** (48. Sitzung am 26. Mai 2004) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** (28. Sitzung am 14. Januar 2004) und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (40. Sitzung am 26. Mai 2004) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

#### a) Antrag auf Drucksache 15/1567

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancun/Mexiko gescheitert sei. Damit sei verpasst worden, der globalen Wirtschaft Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Die im November 2001 in Doha eingeleitete Welthandelsrunde sei zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen, um die Entwicklungsländer besser zu integrieren, neue Exportchancen für Industrie- und Entwicklungsländer zu schaffen und Wachstum und Beschäftigung weltweit zu erhöhen. Daher sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Industrie- und Entwicklungsländer sollen von ihren Maximalpositionen abrücken. Die Bundesregierung soll für den Abbau von Handelsbarrieren, Zöllen und nichttarifären Hindernissen, die Öffnung der Agrarmärkte, den Abbau produktstimulierender Subventionen sowie die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels mit Dienstleistungen und den Zollabbau bei Industriegütern eintreten. Schließlich soll sie den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit kontinuierlich über den Verhandlungsstand informieren.

#### b) Antrag auf Drucksache 15/1931

Die bei der WTO-Ministerkonferenz in Doha begonnene Entwicklungsrunde muss nach Auffassung der antragstellenden Fraktion der FDP zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Das Scheitern der Konferenz in Cancun (Mexiko) sei ein Rückschlag für die gesamte Weltwirtschaftsgemeinschaft, vor allem aber für die Entwicklungs- und die exportorientierten Länder gewesen. In den Vorverhandlungen soll die Strategie der kleinen Schritte eingehalten werden und sollen die Bedenken der ärmeren Länder abgebaut werden. Die Singapur-Themen sollen herausgehobenes Anliegen bleiben. Die Industrieländer, vor allem die EU, die USA und Japan müssten sich beim Abbau von Zöllen, Subventionen und anderen Handelshemmnissen, insbesondere bei landwirtschaftlichen Produkten, stärker bewegen. Sozialstandards und Arbeitsnormen dürften nicht in das GATS-Vertragswerk (GATS: Allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen) integriert werden. Das GATS müsse zum Abbau wachstumshemmender Marktzugangsbeschränkungen im Dienstleistungsbereich beitragen. Die Bemühungen um weitgehende institutionelle Reformen

der WTO als Organisation und Verhandlungsforum sollen fortgesetzt werden. Der Sonderfonds „capacity building/technical assistance“ soll unterstützt werden, damit die Entwicklungsländer Berater ihres Vertrauens beschäftigen und das WTO-Regelwerk besser verstehen können, um ihre Verhandlungspositionen besser vertreten zu können. Schließlich soll die Bundesregierung bis Ende 2004 einen Zwischenbericht über den Stand der Doha-Runde vorlegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksachen 15/1567 und 15/1931 verwiesen.

### **III. Ausschussberatungen und Abstimmungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Anträge auf den Drucksachen 15/1567 und 15/1931 in seiner 60. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Anträge zu empfehlen.

Berlin, den 26. Mai 2004

**Erich G. Fritz**  
Berichtersteller





